



SRB-Nr. 68

Interpellation betreffend "Ersatz Atomstrom 2015" von Gemeinderat Jürg Joss
Beantwortung

Herr Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren

An der Gemeinderatssitzung vom 11. Dezember 2013 reichte Gemeinderat Jürg Joss mit 16 Mitunterzeichnenden eine Interpellation nach Art. 44 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat ein.

Der Interpellant ersucht den Stadtrat konkrete Massnahmen darzulegen, mit denen nach dem Auslaufen des Liefervertrages von 100% Schweizer Wasserkraft mit der EKT AG am 31. Dezember 2014, weiterhin auf Atomstrom sowie auf Strom aus fossilen Quellen verzichtet werden soll.

Ausgangslage

Die Werkbetriebe Frauenfeld verzichten seit dem 1. Januar 2012 vollständig auf die Lieferung von Atomstrom und liefern stattdessen allen ihren Privat-, Gewerbe- und Industriekunden ausschliesslich zertifizierten Schweizer Wasserstrom. Aufgrund des geringen Mehrpreises und um ein deutliches energiepolitisches Zeichen zu setzen, verzichten die Werkbetriebe darauf, eine Wahlmöglichkeit zwischen Wasserstrom und Atomstrom bzw. Strom aus fossilen Quellen anzubieten.

Das Zertifikat „Wasser HKN CH“ bedeutet, dass der Strom in Schweizer Wasserkraftwerken produziert und im schweizerischen Herkunftsnachweis registriert ist. Die Anlagen, in denen dieser ökologische Mehrwert geschaffen wird, sind nach hohen ökologischen Qualitätsstandards zertifiziert. Die Erfassung und Überwachung erfolgt gemäss der Energieverordnung und der Verordnung des UVEK über den Nachweis der Produktionsart und der Herkunft der Elektrizität. Der Herkunftsnachweis wird von der vom Bundesamt für Energie beauftragten SWISS-GRID ausgestellt und bestätigt die Löschung der Vertragsmenge in der HKN-Datenbank zugunsten des Kunden.

Der mit der EKT Energie AG abgeschlossene Liefervertrag gilt für drei Jahre und dauert somit bis zum 31. Dezember 2014.

Eigenproduktion von erneuerbarer Energie

Der Einkauf von atomstromfreien Produktionszertifikaten ist ein deutliches Zeichen, mittel- und langfristig vom Atomstrom wegzukommen. Das grundsätzliche Problem der künftigen Stromversorgung kann mit solchen Zertifikaten jedoch nicht gelöst werden, weil es zu wenig zertifizierten Naturstrom gibt um die Schweiz flächendeckend damit zu versorgen. Darum ist der Stadtrat bestrebt, unter anderem die Eigenproduktion erneuerbarer Energie zu erhöhen. Wie der Interpellant in seiner Anfrage selbst erwähnt, prüfen die Werkbetriebe - neben den bereits erfolgreich umgesetzten Projekten - deshalb diverse weitere Projekte und Optionen, um selber erneuerbare Energie aus Biogas, Abwärme, Klärgas, Solaranlagen und Kleinwasserkraftwerken zu gewinnen. Zudem sind die Werkbetriebe daran, ein intelligentes Stromnetz der Zukunft aufzubauen, welches einerseits einen optimierten Stromeinkauf ermöglicht und andererseits das Konsumverhalten bzw. das Stromsparen der Konsumenten massgeblich beeinflussen wird. Diese Projekte werden mit Nachdruck weiter verfolgt.

Die vom Interpellanten bemerkten Verzögerungen einzelner bereits kommunizierter Projekte sind ausschliesslich auf äussere Umstände zurückzuführen. Zum einen werden einzelne Wasserkraftprojekte aufgrund von negativen Stellungnahmen aus der kantonalen Jagd- und Fischereiverwaltung bezüglich Laichplätze von heimischen Fischen verzögert. Zum anderen gestalten sich die Verhandlungen mit Grundeigentümern bzw. Konzessionären als äusserst schwierig und langwierig.

Auch bezüglich der vom Interpellanten angesprochenen Beteiligungs-Solarstromanlage verhält sich die Ausgangslage ähnlich. Bei den Verhandlungen mit den Baugrundbesitzern zeigte sich, dass die Vorstellungen bezüglich der Baurechtszinsen sehr weit auseinander liegen. Da sich der Stadtrat auch gegenüber den Kunden der Werkbetriebe Frauenfeld verpflichtet fühlt, müssen sich die Vergütungen an den Grundbesitzer in einem marktüblichen Rahmen bewegen. In diesem Fall werden deshalb nun auch alternative Standorte für eine Beteiligungs-Solarstromanlage geprüft.

Das von der Grünen Partei geforderte Wasserrad im Mühlewiesenkanal ist von der Fachkommission für den Energiefonds geprüft worden. Die Fachkommission ist zum Schluss gekommen, dass ein möglicher wirtschaftlicher Betrieb nur realisierbar ist, wenn die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) erhältlich ist. Ein entsprechendes Gesuch ist von den Werkbetrieben Frauenfeld eingereicht worden.

Bereits in der Umsetzungsphase ist ein grosser Fernwärmering, der das Abwärmepotenzial des gereinigten Abwassers der ARA Frauenfeld nutzt. Das Abwasser kann in Zukunft als Wärmequelle für die Gebäudeheizung und zur Brauchwassererwärmung im Stadtgebiet von Frauenfeld sowie für den Waffenplatz und die ARA genutzt werden. Im Vollausbau kann dadurch Wärmeenergie im Umfang von 17'800 MWh/a erzeugt werden, was dem Wärmebedarf von rund 3'500 Wohneinheiten entspricht.

In Planung ist zudem ein Anergienetz von der Kunsteisbahn zu den umliegenden Sporthallen und –anlagen (Turnfabrik, Schwinghalle, Sportplatz Kleine Allmend).

Im 2013 neu erarbeiteten Energierichtplan sind 14 konkrete, für die Behörden verbindliche Massnahmen aufgeführt. Die beschriebenen Massnahmen haben einen direkten Bezug zum Massnahmenkatalog Energiestadt und werden somit auch ins energiepolitische Programm der Stadt Frauenfeld aufgenommen und entsprechend umgesetzt. Erwähnenswert ist die Massnahme im Bereich Solarenergie, bei welcher explizit die Sicherstellung von attraktiven Rahmenbedingungen für die Stromproduktion aus Photovoltaikanlagen verlangt ist.

Am 26. September 2010 wurde die Volksinitiative "2m² Solarfläche pro Einwohner" abgelehnt. Angenommen wurde der Gegenvorschlag von Stadt- und Gemeinderat. Der Gegenvorschlag bezweckte die Schaffung eines Fonds zur Förderung von erneuerbaren Energien sowie zur Steigerung der Energieeffizienz in Wirtschaft und Privatliegenschaften. Gleichzeitig sollte der CO₂-Ausstoss reduziert und die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen verringert werden. Dafür steht der Stadt jährlich 1 Mio. Franken zur Verfügung. Zusammen mit der Abteilung Energie (TG) wurde ein entsprechendes Förderprogramm entwickelt und am 1. Januar 2012 lanciert. Mit Hilfe des städtischen und kantonalen Förderprogramms werden in Frauenfeld jährlich rund 720'000 l/Heizöl-Äquivalent bzw. der Heizölverbrauch von rund 360 EFH eingespart. Im Jahr 2013 wurden total 109 Gesuche von Dritten bewilligt. Somit wurden Fördermittel in der Höhe von 474'011 Franken zugesichert, ausbezahlt wurden im vergangenen Jahr total 261'751 Franken.

Im vergangenen Jahr wurden Solarstromanlagen mit einer Leistung von 1'220 kWp realisiert, total waren Ende 2013 110 Solarstromanlagen mit einer Leistung von 1'750 kWp in Frauenfeld in Betrieb. Die produzierte, jährliche Strommenge entspricht rund 1'575 MWh, was dem elektrischen Bedarf von ca. 350 EFH entspricht (ohne Heizung und Brauchwarmwasseraufbereitung). Gegenüber dem Jahr 2012 (424.2 kWp) wurde die installierte Leistung von Solarstromanlagen in Frauenfeld vervierfacht. Aus Sicht des Stadtrates wird die private Initiative zum Bau von Solarstromanlagen aufgrund der obengenannten Zahlen in keiner Weise behin-

dert. Im Gegenteil, Photovoltaikanlagen werden mittels des stadteigenen Förderprogramms explizit gefördert.

Strom sparen

Der Vergleich mit Energieversorgern, welche ein Energieeffizienzportal bereits eingeführt haben, zeigt auf, dass Privathaushalte im Durchschnitt 2 bis 3,5 Prozent weniger Strom verbraucht haben. Übertragen auf Frauenfeld ergibt dies ein Sparpotential von rund 1 Mio. kWh im Jahr, was dem Strombedarf von rund 220 EFH entspricht (ohne Heizung und Brauchwasseraufbereitung). Die Anzahl der registrierten Portalnutzer unterstreicht, dass dieses Angebot auf reges Interesse stösst. In den vier Monaten seit Lancierung des Portals haben sich bereits gegen 1'000 Haushaltskunden angemeldet.

Im vergangenen Jahr hat die regionale Energiefachstelle gesamthaft rund 153 Beratungsstunden in den Bereichen Gebäudehülle, Haustechnik und Solaranlagen geleistet, was einem Zuwachs von ca. 15% gegenüber dem Vorjahr entspricht. Es zeigt sich, dass die Bevölkerung bezüglich Energieeffizienzthemen grundsätzlich aufgeschlossen und sensibilisiert ist. Ausserdem steht den Industriekunden das KMU-Förderprogramm „KEEST“ zur Verfügung. Dadurch können Einsparpotentiale des Energieverbrauchs eruiert und entsprechende Energieeffizienz-Massnahmen umgesetzt werden.

Schlussbemerkung und weiteres Vorgehen

Zusammenfassend ist der Stadtrat der Meinung, dass die oben aufgeführten Beispiele keineswegs nur den Charakter einer reinen Ankündigungspolitik haben, wie dies vom Interpellanten festgehalten wird. Frauenfeld hat mit seiner Energiepolitik kantonsweit eine Vorreiterrolle inne und braucht sich auch im nationalen Vergleich nicht zu verstecken. Mit den bereits umgesetzten und den geplanten Massnahmen bewegt sich die Stadt auf hohem Niveau.

Nach der Strategie des Stadtrats soll auch nach dem 31.12.2014 die Stromversorgung aus 100% Schweizer Wasserkraft mittels Zertifikaten bestehen und auf den Bezug von Atomstrom oder Strom aus fossilen Quellen verzichtet werden. Parallel dazu sind sinnvolle und wirtschaftlich vertretbare Projekte zur Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energie voranzutreiben. Für die Jahre 2015 und 2016 sind die Beschaffungsverträge für Schweizer Wasserkraft-Zertifikate bereits unterschrieben. Die Werkbetriebe sind daran, sich weitere Bezugsrechte zu sichern. Mit Blick auf die Strommarktliberalisierung gilt es allerdings zu beachten, dass die Werkbetriebe Kunden, welche ihre elektrische Energie auf dem freien Markt beschaffen können bzw. dürfen (zur Zeit erst Grosskunden), nicht zum Bezug von atomfreien Strom verpflichtet können. Die

zweite Etappe der Strommarktöffnung für Kleinkunden ist gemäss Bundesamt für Energie für 2015 geplant.

Die Massnahmen, welche im neuen Energierichtplan aufgeführt sind, wird der Stadtrat auch zukünftig konsequent weiterverfolgen und umsetzen.

Eine Interpellation ist gemäss Artikel 44 des Geschäftsreglements des Gemeinderates eine Anfrage an den Stadtrat über eine Angelegenheit, die zum Aufgabenkreis der Gemeinde gehört oder ihre Interessen berührt. Die eingangs gestellte Frage des Interpellanten hat der Stadtrat beantwortet. Am Schluss des Vorstosses verlangt der Interpellant hingegen ein Konzept. Ein solcher Bericht müsste im Rahmen einer Motion gemäss Art. 43, über deren Erheblicherklärung abzustimmen ist, verlangt werden.

Frauenfeld, 25. Februar 2014

NAMENS DES STADTRATES FRAUENFELD
Der Stadtammann Der Stadtschreiber

Beilage: Interpellation

Jürg Joss
CH/Grüne/GLP
Scheuchenstrasse 55
8500 Frauenfeld

Frauenfeld, 11.12.13

Interpellation (Art. 44 Geschäftsreglement)

"Ersatz Atomstrom ab 2015"

Der Stadtrat wird ersucht, die nachfolgenden Fragen zu beantworten:

Die Unterzeichneten ersuchen den Stadtrat die konkreten Massnahmen darzulegen, mit denen nach dem Auslaufen des Liefervertrags von 100% Schweizer Wasserkraft mit der EKT AG am 31. Dezember 2014 weiterhin auf Atomstrom sowie auf Strom aus fossilen Quellen verzichtet werden soll.

Begründung

Am 23. Mai 2011 reichte ich eine Motion für einen ökologischen Standard Strommix ein. Die Motion verlangte, dass der Standardmix weder Atomstrom, noch solchen aus fossilen Quellen enthalten solle. Daneben sollen die Werkbetriebe optionale Zusammensetzung anbieten, welche auch Atomstrom enthalten können. Dabei sollte der Anteil Atomstrom auf die Inlandsproduktion beschränkt werden.

Der Stadtrat reagierte auf die Motion, indem laut SRB Nr. 242 vom 6. September 2011 die Werkbetriebe mit der EKT Energie AG einen Liefervertrag für 100% Schweizer Wasserstrom auf 3 Jahre abschlossen. Dies geschah durch den Erwerb von „atomstromfreien Produktionszertifikaten“. Die Mehrkosten gegenüber dem alten Mix mit aus 81.3% Atomstrom und 18.7% Wasserstrom wurden aus der Preisausgleichsreserve beglichen.

In seiner Beantwortung der Motion hielt der Stadtrat fest dass

- das grundsätzliche Problem der künftigen Stromversorgung mit dem Kauf der Zertifikate nicht gelöst werden könne, da schlicht zu wenig Naturstrom zur Verfügung stehe.
- der Stadtrat bestrebt sein, die lokale Produktion von erneuerbarer Energie zu erhöhen.
- der Stadtrat bestrebt sei, eine Führungsfunktion in Umweltbelangen zu übernehmen.

Nach beinahe zwei Jahren ohne Atomstrom ist es Zeit, Bilanz zu ziehen über die Fortschritte auf dem Weg zu einer mittel- und langfristigen Abkehr vom Atomstrom. Diese sieht recht bescheiden aus.

Das grösste und erfolgversprechendste Projekt, die Beteiligung an der Swissspower Renewables AG wurde am 25. November 2012 an der Urne abgelehnt. Äusserst knapp zwar, aber nach einem Abstimmungskampf in dem der Stadtrat derart passiv agierte, dass man sich fragen musste, ob ihm wirklich so viel an diesem Projekt lag.

Lokale Produktion von erneuerbarem Strom

In der Kompogasanlage Riet bei Winterthur soll Ökostrom erzeugt werden.

Der Bau einer Photovoltaikanlage auf dem Hauptgebäude der Werkbetriebe wurde am 25. April 2012 vom Gemeinderat gegen den Willen des Stadtrats beschlossen.

Die Photovoltaikanlage der Werkbetriebe, welche 2013 endlich gebaut wird, ist kein Ruhmesblatt. Sie ist das Ende eines jahrelangen Trauerspiels, welchem letztendlich der Beigeschmack anhaftet, dass sie zur Sparübung wurde. Von den ursprünglich budgetierten 400'000 Franken wurden ca. 150'000 gebraucht. Weitere Etappen, die etwa im Finanzplan 2009 für 2013 und 2014 vorgesehen waren, sind gänzlich verschwunden.

Eine grosse Photovoltaikanlage mit Beteiligung der Bevölkerung wurde vom Stadtmann in der TZ vom 10. August 2013 angekündigt. Näheres ist nicht bekannt.

Der Bau von Kleinwasserkraftwerken in der Aumühle und an der Metzgerstrasse 1 sind angekündigt. Realisation ungewiss.

Ebenso eine Photovoltaikanlage auf dem an der Langfeldstrasse (Carport mit Photovoltaikanlage) im Budget 2013 der Werkbetriebe. Realisation ungewiss.
Private Initiative beim Bau von dezentralen PV Anlagen wird von den Werkbetrieben behindert durch unsinnige Kontrollen, Zählerwechsel und Installationen, die es nur in Frauenfeld gibt. Installateure, die diese Vorschriften hinterfragen werden benachteiligt.

Der Stadtrat erscheint nicht gewillt, im Murg-Auenpark mit einem 11.3 kW Wasserrad am Mühlewiesenkanal das Kleinwasserkraftwerk Zeughausbrücke zu optimieren, obwohl dessen Finanzierung mit dem Energiefonds gesichert wäre.

Im neuen *Energierichtplan* setzt sich die Stadt die ‚2000-Watt Gesellschaft‘ als visionäres Ziel. Der Sonnenenergie wird in der zu Grunde liegenden Studie das weitaus grösste Potential bescheinigt. Der Richtplan verzichtet jedoch auf konkrete Massnahmen und Projekte zur nachhaltigen Förderung dieser Energie der Zukunft. Im Gegenteil: In der TZ vom 10. August 2013 kann man lesen, dass der Stadtmann nicht an die Photovoltaik und deren Potential glaubt.

Strom sparen

Am 20. März 2013 bekämpfte der Stadtrat die Motion „Strom-Effizienz belohnen“ von Gemeinderat Stefan Leuthold. Die Motion wollte Anreize zum Stromsparen schaffen, mit denen jeder Konsument durch sein Verhalten seine Stromrechnung beeinflussen kann.

Ende September schaltete die Stadt ihr eigenes Energieeffizienz Portal auf. Mitmachen ist freiwillig. Die Belohnung erinnert an Cumulus und Supercard, ist aber nicht effektiv an das Konsumverhalten geknüpft. Da der Bezug von Ursache (Strom sparen) und Wirkung (tiefere Stromrechnung) fehlt, darf an der Nachhaltigkeit des Programms gezweifelt werden. Kommt dazu, dass das Mitmachen freiwillig und umständlich ist (registrieren, Passwort etc.)

Bilanz

Alles in allem muss man sagen, dass der Stadtrat und die Werkbetriebe nach der verlorenen Abstimmung zur Beteiligung an der Swisspower Renewables vorwiegend eine Ankündigungspolitik betreiben. Den Worten folgen keine Taten – oder dann nur kleine. Die versprochene Führungsfunktion der Stadt vermag man jedenfalls nicht zu erkennen.

Was bleibt um die Hoffnung auf die weitere Versorgung der Stadt aufrecht zu erhalten, ist die Erneuerung des Kaufs von Zertifikaten auf 100% Schweizer Wasserkraft. Diese ist denn auch von den Werkbetrieben geplant. Dies ist zweifellos ein wichtiger Schritt, aber er vermag nicht vollständig zu überzeugen.

Mit dem Kauf der Zertifikate wird kein zusätzlicher Ökostrom produziert. Der Zertifikatehandel ist lediglich ein Gerangel um vorhandene Wasserkraft. Es werden dabei unmittelbar keine neuen Investitionen in die Wasserkraft ausgelöst.

Zudem gemahnt der Kauf von Zertifikaten an Ablasshandel. Geliefert wird laut Auskunft der Werkbetriebe (GPK Sitzung vom 23. Oktober 2013) weiterhin sogenannte Graue Energie, d.h. Energie, deren Zusammensetzung man nicht kennt und die halt immer noch Atomstrom enthält. Mit dem Kauf von Zertifikaten kauft man sich von der Sünde des Gebrauchs von Atomstrom frei, aber man tut nichts für die Steigerung der Produktion von ökologischer Energie.

Es bleibt nur noch ein Jahr bis zum Ablauf des ersten Liefervertrags von Wasserkraftzertifikaten. Leider muss man sagen, dass der Stadtrat bisher konzeptlos agiert hat. Zeit deshalb, ein Konzept vorzulegen, mit dem man gemachte Versprechen erfüllen und einen nachhaltigen Schritt weg von der Atomkraft machen will.

Der Stadtrat und die Werkbetriebe werden hiermit aufgefordert, ein solches Konzept der konkreten Schritte vorzulegen.

Frauenfeld, 11.12.13



Jürg Joss, Gemeinderat Grüne Partei

Unterzeichnende Person(en) gemäss Beiblatt